

Vorlage



an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1987
hier: Einzelplan 04 - Justizminister
- Drucksachen 10/1250 und 10/1470 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des
Rechtsausschusses

Berichterstatter Abgeordneter Schreiber SPD

Beschlußempfehlung

Der Einzelplan 04 - Justizminister - wird mit den aus dem nachfolgenden Bericht ersichtlichen Änderungen angenommen.

BerichtA Allgemeines

Der Rechtsausschuß hat sich in seinen Sitzungen am 24. September, 15. Oktober und 5. November 1986 mit dem Entwurf des Einzelplans 04 befaßt und am 27. November 1986 die Beratungen mit obiger Beschlußempfehlung erledigt. Mit in die Beratungen einbezogen wurden dabei die Vorlagen des Justizministers mit dem Gesamtüberblick über den Personalhaushalt (Vorlage 10/582) sowie über die sächlichen Ausgaben und Ausgaben für Investitionen (Vorlage 10/583).

Gegenstand der Beratung war darüber hinaus die Vorlage des Justizministers (10/692), in der er eine Übersicht über die Förderung der Einrichtung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bei der Justiz nach dem AFG gibt.

Bereits vor der 1. Lesung des Haushaltsgesetzes 1987 gingen den Mitglieder des Rechtsausschusses zahlreiche Eingaben zu, in denen sich verschiedene Verbände über die nach Meinung ihrer Mitglieder schlechte Personal- oder Beförderungssituation beklagen. Diese Eingaben wurden, wenn auch nicht als Zuschriften an alle Mitglieder verteilt, ebenfalls berücksichtigt. Unmittelbar zu den Haushaltsberatungen ging die Zuschrift 10/541 der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege zur Förderung von zentralen Beratungsstellen für Straftentlassene und deren Bezugspersonen ein. Sie wurde ebenso in die Beratungen miteinbezogen wie die Zuschrift 10/559 des Bundes Deutscher Rechtspfleger mit ausführlichen Informationen über die allgemeine Besoldungssituation der Rechtspfleger und einem Forderungskatalog für das Haushaltsgesetz 1987.

Obwohl der Landtag durch Beschluß vom 18. September 1986 das Haushaltsgesetz mit der Maßgabe an die Fachausschüsse überwiesen hat, daß die Beratung des Personalhaushalts im Haushalts- und Finanzausschuß erfolgen soll, hat der fachlich zuständige Rechtsausschuß auch diese Titel beraten und über vorgelegte Änderungsanträge abgestimmt.

Der Entwurf des Einzelplans 04 wurde mit den vom Ausschuß beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der F.D.P. angenommen.

B Einzelberatungen

Personaltitel

Kapitel 04 010

Titel 422 10 - Bezüge der Beamten (und Richter)

Titel 425 10 - Bezüge der Angestellten

Die F.D.P.-Fraktion beantragte diese beiden Haushaltsansätze um insgesamt 350 000 DM zu kürzen. Sie war der Meinung, daß im Kernbereich der Ministerien ein solches Einsparungspotential vorhanden sei. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU gegen die Stimme der F.D.P. abgelehnt.

Kapitel 04 040

Titel 422 10 - Bezüge der Beamten (und Richter)

Die CDU-Fraktion stellte den Antrag, 20 A-13-Stellen des gehobenen Justizdienstes in solche des höheren Dienstes umzuwandeln. Ein inhaltsgleicher Antrag wurde von Seiten der F.D.P.-Fraktion vorgelegt, danach sollen allerdings nur 10 Stellen umgewandelt werden, um für die Geschäftsleiter der Landgerichte und großer Staatsanwaltschaften sowie großer Amtsgerichte Beförderungstellen für deren herausgehobenen Verwaltungstätigkeit zu schaffen. Gleichzeitig sahen die antragstellenden Fraktionen hierin die einzige Möglichkeit die Beförderungsmöglichkeiten im Rechtspflegerdienst zu verbessern.

Zunächst wurde der weitergehende Antrag der CDU, dann auch der Antrag der F.D.P. mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der F.D.P. abgelehnt. Die notwendige Konsolidierungspolitik der Landesregierung muß nach Ansicht der Regierungsfraktion fortgesetzt und der Anstieg der Verschuldung der Landes gebremst werden. Sie könnten deshalb dem berechtigten Wunsch der Beamten im gehobenen Justizdienst (Rechtspfleger) nicht nachkommen.

Auch der Justizminister sei aus den gleichen Gründen nicht in der Lage gewesen, dem besoldungsmäßigen Anliegen der Rechtspfleger nachkommen. In Zeiten knapper Ressourcen stehe auch der Justizhaushalt im Spannungsfeld zwischen notwendiger Konsolidierung und den Bemühen alles zu erreichen was in personeller und sachlicher Hinsicht zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich sei.

Sachtitel

Kapitel 04 020

Titel 526 10 - Erfassung und Erforschung von Rechtstatsachen

Titel 531 00 - Öffentlichkeitsarbeit

Die Ergebnisse und Untersuchungen des Landesrechnungshofs im Zusammenhang mit Forschungs- und Untersuchungsaufträgen der Landesregierung habe ergeben, daß hier Einsparungsmöglichkeiten vorhanden seien. Die F.D.P. beantragte deshalb, die Mittel für die Rechtstatsachenforschung von insgesamt 550 000 DM ganz zu streichen.

Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der SPD und der CDU bei einer Enthaltung gegen die Stimme der F.D.P. abgelehnt.

Den Antrag die Mittel der Öffentlichkeitsarbeit um 30 000 DM zu kürzen, wurde bei Stimmenthaltung der CDU mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der F.D.P. abgelehnt.

Kapitel 04 040

Titel 684 10 - Zuwendungen an Dritte zur Durchführung von Modellversuchen für zentrale Beratungsstellen für Straftlassene

Einstimmig angenommen wurde ein Änderungsantrag der Fraktion der SPD die Zweckbestimmung des Titels wie folgt neu zu fassen: "Zuwendungen an Dritte für zentrale Beratungsstellen für Straftlassene".

In den Erläuterungen sollen nach dem einheitlichen Willen des Ausschusses nunmehr vermerkt sein:

"Dieser Titel enthält die Mittel für Zuschüsse an die vier bestehenden zentralen Beratungsstellen für Straftlassene".

Nach Ansicht der Regierungsfraktion haben sich die Beratungsstellen bewährt und sollen nunmehr die Möglichkeit erhalten unter etatisierten Voraussetzungen ihre positive Arbeit fortzusetzen. Das Ministerium erläuterte hierzu, daß eine Förderung von Beratungsstellen über die vier bisherigen hinaus mit den eingebrachten 1 Million DM nicht möglich sei. Seine Bemühungen um ein gemeinsames Finanzierungskonzept der Beratungsstellen seien ohne Erfolg geblieben. scheitert.

Kapitel 04 050 Titel

541 10 - Untersuchungsaufträge im Rahmen der Reform des Strafvollzugs

Die F.D.P.-Fraktion beantragte den Titel um 20 000 DM zu kürzen. Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPD und der CDU gegen die Stimme der F.D.P. bei einer Stimmenthaltung abgelehnt.

Kapitel 04 060

Titel 714 00 - Neubau eines Hauses zur Fortbildung

Die F.D.P.-Fraktion beantragte die in Ansatz gebrachten 8 000 000 DM zu streichen. Nach ihrer Ansicht ist es angesichts der derzeitigen Haushaltssituation nicht vertretbar, eine zentrale Ausbildungsstelle für den Bereich der Justiz neu zu errichten. Die Regierungsfraktion wies darauf hin, daß die Entscheidung über den Neubau bereits in der letzten Wahlperiode gefallen sei; im übrigen sei bereits für den 1. Dezember 1986 das Richtfest terminiert. Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPD bei Stimmenthaltung der CDU gegen die Stimme der F.D.P. abgelehnt.

Schreiber
Vorsitzender